

17.11.2009

**Sitzungsvorlage Nr. 182/09**

Sozialbericht für den Kreis Unna „Einkommen und Transferleistungen“ (Stand: 30.10.2009)

<b>Gremien</b>	Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie	<b>Sitzungsdatum</b>	02.12.2009
<b>Gremien</b>	Kreisausschuss	<b>Sitzungsdatum</b>	14.12.2009
<b>Gremien</b>	Kreistag	<b>Sitzungsdatum</b>	15.12.2009
<b>Organisationseinheit</b>	Arbeit und Soziales	<b>Berichterstattung</b>	Sparbrod, Rüdiger
<b>Beratungsstatus</b>	<b>öffentlich</b>		
<b>Budget-Nr.</b>	50 , Arbeit und Soziales	<b>Haushaltsjahr</b>	2010
<b>Produktgruppen-Nr.</b>	50.00 , Fachbereichsebene	<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>Produkt-Nr.</b>	50.00.01 , Sozialplanung		

**Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den beiliegenden »Sozialbericht für den Kreis Unna: Einkommen und Transferleistungen (Stand: 30.10.2009)« zur Kenntnis.

---

## **Begründung der Vorlage**

Der Sozialbericht beschreibt erstmals für den Kreis Unna anhand zahlreicher Daten und Fakten ein aktuelles gesamtgesellschaftliches Phänomen – die sogenannte »Einkommensarmut« oder auch »relative Armut« genannt. Deutlich wird dabei: Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels sowie der demografischen Entwicklung ist kommunale Sozialpolitik mehr denn je gefordert, Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen zu gewährleisten.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht nur eine angemessene Absicherung der existenziellen Risiken Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, Behinderung und Altersarmut durch die großen Sozialversicherungssysteme und die Steuer finanzierten Leistungsgesetze vom Bund und Land. Wichtig wird zunehmend auch, im Rahmen von kommunaler Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik präventive und komplementäre Hilfe- und Betreuungsangebote für die Menschen zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich ist es erforderlich, die unterschiedlichen Unterstützungsleistungen vor Ort rechtskreisübergreifend zu koordinieren, damit sie Punkt genau wirken können.

Es wird empfohlen, die Erkenntnisse dieses Sozialberichtes zu diskutieren und sich aktiv in einen Prozess einzubringen, bei dem bereits bestehendes Engagement bekräftigt und neue Ideen, Kooperationen und Projekte ins Leben gerufen werden können mit dem Ziel, die Entstehung von problematischen Einkommensverhältnissen zu verhindern und ihre Auswirkungen zu überwinden oder abzumildern.